

Zeitschrift: Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik
Herausgeber: Diskussion
Band: - (1989)
Heft: 7: Frauen im Arbeitnehmer Patriarchat

Artikel: Ein Versuch die Gewerkschaften für die Sache der Frauen einzuspannen
Autor: Trepp. Erika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-584089>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Den Ernst, mit dem die Gewerkschaftsorganisationen die Frage der Gleichberechtigung, der Chancengleichheit und der gleichen Behandlung der Frauen und Männer angehen, werden die organisierten und nichtorganisierten Frauen danach beurteilen, wie die Grundsätze in ihren eigenen Reihen gehandhabt werden . . . » Aus dem Aktionsprogramm des Frauenausschusses des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften 1988)

EIN VERSUCH DIE GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE SACHE DER FRAUEN EINZUSPANNEN

Erika Trepp

Ein garantierter Minimallohn von 2650 Franken für Hilfsarbeiter, 2150 Franken für Hilfsarbeiterinnen, das war die Ausgangslage in Sachen Frauenlöhne für die Vertragsverhandlungen 1988. Wer glaubt, die Unternehmen fühlten sich angesichts dieser Verfassungswidrigkeit unter politischem Druck oder zumindest aus sozialer Verantwortung heraus veranlasst, den Minimallohn der Hilfsarbeiterinnen anzugleichen, täuscht sich. Die Bundesverfassung, so argumentierte der Schweizerische Verband Grafischer Unternehmer (SVGU), schreibe keine Anpassung nach oben vor. Gleichstellung könne auch durch Senkung der Männerlöhne erreicht werden.

Eine abgebrühte Argumentation. Wollten wir den Anspruch der Frauen durchsetzen, müssten wir bereit sein zu kämpfen.

Das aber war schneller gesagt als getan. Nur wenige Frauen der Branche waren im Zusammenhang mit Gewerkschaft und Arbeitsplatz irgendwie aktiv. Und was die direkt betroffenen Hilfsarbeiterinnen betraf, so mussten wir akzeptieren, dass sie wenig motiviert waren, die Vorhut zu spielen – zu gross war ihre Angst, das bisschen auch noch zu verlieren, mit dem sie sich über Wasser hielten.

Unsere Gewerkschaft ist nicht nur männerdominiert. Sie litt auch unter dem 1980er Trauma, als unser Streik für mehr Sicherheit bei der Einführung neuer Technologien materiell und politisch eher zwiespältig endete.

DAS VERLOCKENDE VAKUUM

Machte es für uns Frauen der GDP-Frauenkommission unter diesen Bedingungen überhaupt Sinn, bei den Vertragsverhandlungen mitzumischen? In einer Vorbereitungsphase legten wir das Problem des Kräfteverhältnisses gegenüber den Unternehmern auf die Sei-

te und machten uns daran, die «inneren» Bedingungen zu klären.

Dabei orteten wir eine Tendenz, die zu unseren Gunsten zu sprechen schien. Die technologischen Veränderungen der letzten Jahre hatten die Beschäftigungsstruktur der Branche massiv verschoben: Die SetzerInnen-Klassen an der Gewerbeschule zum Beispiel, in den fünfziger Jahren noch reine Männerdomänen, sind heute von Frauen dominiert! Solche Entwicklungen wirken sich auch auf eine ständige Gewerkschaft und ihren Apparat aus. Das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein gerät ins Wanken, es entsteht Unsicherheit und programmatisches Vakuum. Verlockende Vorstellung für uns Frauen, dieses Vakuum in unserem Sinne ausnützen zu können . . . Doch was auch immer die Bedingungen waren, die wir vorfanden, irgendwie hatten wir gar nicht die Wahl, uns aus den Vertragsverhandlungen herauszuhalten. Kamen wir nicht zum Erfolg, sollte wenigstens die skandalöse Situation aufgedeckt werden.

DIE INTERNE DEBATTE

Die Delegiertenversammlung ist das höchste Gremium der GDP neben der Urabstimmung.

Hier stellten wir die sofortige Gleichstellung des Hilfsarbeiterinnen-Minimallohnes zur Diskussion und verlangten insbesondere, dass die GDP keine Verträge mehr unterzeichne, die die Frauen diskriminieren. Gegen die Forderung der Gleichstellung gab es keine Einwände. Zu weit ging es der Mehrheit der Delegierten, auf einen Gesamtarbeitsvertrag zu verzichten, «nur» weil die Frauenforderung nicht durchgesetzt werden konnte.

Zum ersten Mal liessen wir Frauen uns in eine pragmatische Haltung drängen und brachten selber einen moderierten Antrag ein:

«Sollte die GDP aufgrund des Kräfteverhältnisses gezwungen sein, einen Vertrag zu unterzeichnen, der der Bundesverfassung widerspricht, wird sie den betroffenen Frauen jede rechtliche und materielle Unterstützung zur Durchsetzung ihrer Rechte geben.»

VOM TRAUMA ZUM GEDÄMPFTEN LICHTBLICK

Der Forderungskatalog, wie er sich im Laufe der Debatte entwickelte, war einigermaßen akzeptabel. Neben einer Woche mehr Ferien für alle und der Forderung betreffend Hilfsarbeiterinnen verlangten wir die Gleichstellung der Teilzeitarbeit, einen Kündigungsschutz während der Schwangerschaft und geregelte Arbeitsbedingungen für die Arbeitenden in den Zeitungs Expeditionen, welche bisher vom Vertrag ausgenommen waren. Auch dies eine Forderung, die viele Frauen betrifft.

Mit der Mobilisierung jedoch hatten wir Mühe. Die am meisten betroffenen Frauen fühlten sich zu angreifbar, um sich zu wehren (unqualifizierte Arbeit = grosse Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt).

Es war der SVGU selber, der Bewegung in unsere Reihen brachte. Mit seiner Ankündigung, in Zukunft nur noch einen Vertrag in der Branche abzuschliessen, zwang er die bisher rivalisierenden Gewerkschaften zusammenzurücken. Niemand wollte riskieren, bei einer bevorstehenden «Zusammenlegung» der bisher unterschiedlichen Verträge gegeneinander ausgespielt zu werden.

Der Zusammenschluss an den Spitzen von GDP und SLB (Schweizerischer Lithographenbund) und später auch der SGG (christliche Gewerkschaft) führte zu einem fast euphorischen Stimmungsaufschwung an der Basis der GDP. Nun fühlten wir uns als Gewerkschaft aktionsfähig. Wir verkannten, dass der Zusam-

menschluss eine Verstärkung der ständischen Position, abgestützt auf die Bedürfnisse des Berufsmannes und Familienvaters brachte.

«EINHEIT» AUF KOSTEN DER FRAUENFORDERUNGEN UND DER DEMOKRATISCHEN DEBATTE

Für die Führung der GDP war dieser Zusammenschluss eine Chance, das 1980er Trauma zu überwinden. Der Preis, den sie jedoch zu zahlen bereit war, war hoch und frauenfeindlich: Fast notstandsmässig wurde der Delegiertenversammlung die endgültige Strategie nahegelegt, einem Konzept der «Einheit um jeden Preis» zuzustimmen. Gemeint war, dass wir – vor allem die Frauen – unsere Erwartungen den Vorstellungen des Bündnispartners SLB anzupassen hätten. Schon zum damaligen Zeitpunkt war klar, dass der SLB nur wenige Hilfsarbeiterinnen als Mitglieder zählt und kein Interesse daran hatte, die Unternehmer auf diesem Punkt «über Gebühr» zu strapazieren. Argumente fielen, dass die Betriebe eine sofortige Anpassung gar nicht verkraften könnten; dasselbe betreffend die Speditionsangestellten der Zeitungsbetriebe! Wenn die grossen Druckereien mehr Personalkosten für die Expeditionen budgetieren müssten, hätte das ja am Ende auf Kosten der angestammten Drucker gehen können . . .

Kurz gesagt: der ständische Bündnispartner SLB war der GDP-Führung so viel wert, dass sie dafür bereit war, die Frauen wie eine heisse Kartoffel fallen zu lassen.

UNSERE TRUMPFKARTE – FRAUENSOLIDARITÄT UND DRUCK VON AUSSEN

Wieder standen wir Frauen an einem Punkt, wo wir uns grundsätzlich überlegen mussten, ob wir nicht besser einfach aussteigen sollten. Wir taten es nicht.

Wir fühlten uns den betroffenen Frauen gegenüber auch irgendwie verpflichtet, alles Mögliche zu tun, um ihre materielle Situation zu verbessern. Mittlerweile hatten wir festgestellt, dass der in Frage stehende Minimallohn nicht etwa ein Anfangslohn, sondern für viele Frauen der ewige Reallohn war.

Unter den gegebenen Umständen lag unsere entscheidende Chance darin, öffentlichen Druck zu schaffen – sowohl gegenüber den Unternehmern wie auch den Gewerkschaftsfunktionären.

In einer ersten Runde schrieben wir alle uns bekannten Frauenorganisationen an und forderten sie zur Solidarität auf. Das Echo auf unseren Brief war mager, und wir liessen das Projekt dann versanden. Ein grober Fehler, müssen wir rückblickend feststellen. Wir konnten an späteren Reaktionen ablesen, dass eine solidarische Haltung durchaus vorhanden war.

Direkter war das Echo in den Medien. Unsere Frauen-Pressekonzferenz machte nicht nur unsere frauenspezifischen Forderungen bekannt, sondern brachte den Gesamtverhandlungen den Durchbruch in den Medien! Die Gewerkschaft dankte dies nicht.

DIE VERHANDLUNGEN SELBST

Es ist grotesk, über etwas zu verhandeln, das einem zusteht. Daran ändert sich nichts, ob wir Frauen bei den Verhandlungen dabei sind oder nicht.

Wir waren drei Frauen in der gewerkschaftlichen Verhandlungsdelegation von rund zwölf Personen: Zwei Frauen von der GDP, eine Frau vom SLB. Verhandlungen sind rein taktische Manöver. Der Trick, den die Unternehmer diesmal anwendeten, ist altbekannt. Statt auf unsere Forderungen einzutreten, legte der SVGU seinerseits ein Abbauprogramm vor. Es folgten mühsame Verhandlungsrunden, um diesen «An-

griff» abzuwehren. So mühsam, dass sich alle auf Gewerkschaftsseite Beteiligten einig waren – jetzt gilt es, die Basis zu mobilisieren: Es kam zu einem nationalen Warnstreik, an dem rund 7000 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen.

DAS WUNDER FAND NICHT STATT

Unter dem Druck dieser nationalen Mobilisierung machten die Untenehmer einige Konzessionen – nicht jedoch in den Frauenforderungen, die kaum je richtig verhandelt wurden. Eine Mehrheit der Funktionäre fühlte sich berufen, die Bewegung abzuklemmen, da sie ihre Hauptanliegen – Sanierung des Gewerkschaftsapparates und Verteidigung des Besitzstandes der Berufsleute – erfüllt sahen.

Das Nachsehen haben die Frauen. Der Minimallohn der Hilfsarbeiterinnen wird zwar angepasst – jedoch in 70-Franken-Schritten über sechs Jahre! Speditionsangestellte bleiben weiterhin vertragslos, und für Teilzeiterinnen fehlt eine korrekte Formulierung ihrer Ansprüche bei Überstunden.

Auch viele Kollegen fühlen sich geprellt: die fünfte Ferienwoche wird über fünf Jahre in jährlichen Raten von einem Tag eingeführt. Zudem wurde eine sechsjährige Vertragsdauer vereinbart – ein gewerkschaftspolitischer Blödsinn. Ein echt schwaches Stück, die Geschichte vom GAV'88, den Frauen gegenüber. Schwach aber auch, weil hier eine Bewegung manipuliert wurde, die zu mehr fähig gewesen wäre.

N.B.

Eine männliche Peinlichkeit: «GDP – die Gewerkschaft der Frauen» Das ist «ihre Bilanz» aus den Vertragsverhandlungen! Männliche Peinlichkeit (peinliche Männlichkeit) . . . gegen die jeder Appell verlorene Liebesmüh ist. Da müssen wir schon auf uns selber abstellen. Aber auch der Stell-



vertreterInnenkampf ist nicht das Wahre. Am meisten getroffen hat mich nämlich nicht der «Verrat» der Gewerkschaft, sondern die Erfahrung, dass sich die direkt betroffenen Frauen aus ihrer Sicht den Kampf gar nicht leisten können.

EIN KOMMENTAR

Absicht der Unternehmer war, die Gleichstellung der Hilfsarbeiterinnen zu unterlaufen, zu erst indem der Männerminimallohn gesenkt würde. Dann brachten sie den Vorschlag – mit gleicher, leicht getarnter Wirkung – beim Männerminimallohn während der Vertragsdauer den Teuerungsausgleich «einzufrieren». Beides konnten wir verhindern. Die jetzige Lösung, eine Anpassung über sechs Jahre, bleibt sozial unverantwortlich (immer noch kein Existenzlohn) und entlarvend für den sogenannten Rechtsstaat.

Hätte das Resultat besser ausfallen können?

Das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften blieb unausgeschöpft. Hier hat der Gewerkschaftsapparat die ganze Basis, also nicht nur die Frauen, überrumpelt. Genauso wie eine Verbesserung der Frauenforderungen wäre nämlich auch in anderen Forderungen (Ferien und kürzere Vertragsdauer) mehr dringegen, hatten wir doch eine Basis, die, eine konsequente Führung vorausgesetzt, durchaus bereit gewesen wäre, einen weiteren Schritt in der Mobilisierung zu tun.

Im Kräfteverhältnis innerhalb der Gewerkschaften haben wir Frauen gemacht, was wir konnten. Zu gross war der Einfluss des Apparates von GDP und SLB, die auf ständische Positionen eingeschwenkt haben. Wir Frauen waren zu schwach; schwach und schlecht organisiert waren aber auch die bewussten «fortschrittlichen»

Kräfte in den Sektionen.

Das Potential, das wir besser hätten ausnützen können, ist der öffentliche Druck. Hier liegt unsere grosse Unterlassung.

Wir haben zuwenig investiert, um eine öffentliche Opposition zu organisieren, die die Unternehmer, aber auch die Gewerkschaftsfunktionäre in der Frauenlohnfrage systematisch unter Druck gesetzt hätte.

Ansätze und Möglichkeiten dazu waren da. Es bestand ein öffentliches Interesse sowohl an einer Existenzlohn-Debatte wie auch in Sachen Lohngleichheit im Sinne der Bundesverfassung, mit der wir vor allem die Funktionäre der Gewerkschaften hätten in Verlegenheit bringen können.

Eine grundsätzliche Bemerkung noch zu diesem Kampf, der uns ein ganzes Jahr lang fast Tag und Nacht in Beschlag genommen hat:

Dieser Kampf war ein Stellvertreterinnenkampf.

Die betroffenen Frauen konnten es sich aus Existenzangst nicht leisten, selber offensiv zu kämpfen (so wie sie es sich ja auch nicht leisten können, um ihren Lohn zu prozesieren, auch wenn ihnen die Gewerkschaft die Prozesskosten voll abnimmt). Hier liegt ein Hauptansatzpunkt, für den eine Frauenbewegung innerhalb und ausserhalb der Gewerkschaften konkrete Lösungen finden muss. Sonst bleibt der Kampf um Gleichstellung ein Kampf, in dem bereits privilegierte Frauen sich weiter emanzipieren können, die breiten Schichten materiell und bildungsmässig schlechgestellten Frauen aber weiter isoliert bleiben. Beängstigend auch die Erfahrung, von einem – defensiven – Teilkampf über Monate völlig aufgefressen zu

werden, während doch die Welt auf eine Richtung eingespart ist, die nichts Gutes verheisst. Frau kommt sich da vor wie ein aufmüpfiges Schäfchen in einer Schafherde und sieht sich gleichzeitig mitmarschieren im eingeschlagenen Trott Richtung Felswand, sprich Absturz. Für die Überlegungen, wie Frau da ausscheren oder die Herde in eine andere Richtung ziehen könnte, bleibt keine Zeit.

Konkret: Solche Teilkämpfe müssten innerhalb eines politischen Gesamtkonzeptes stehen. Sonst bleibt das Ganze einfach sehr, sehr fragwürdig. Aber eben, auch das schneller festgestellt als danach gehandelt.

Erika Trepp

Erika Trepp arbeitet seit 12 Jahren in der graphischen Branche. «Ich verstehe mich als eine von jenen, die sich nichts mehr wünschen als eine fundamentale gesellschaftliche Veränderung auf der Welt, die wegkommt von diesem absurden Motor ‚Profit‘, der unsere ökonomische, politische, aber auch persönliche Welt ins Absurde und in die Zerstörung treibt.

Wenn ich trotzdem – solange in der – wie jede Gewerkschaft – reformistischen GDP aktiv bin, so, weil diese von den Statuten und auch der eher kämpferischen Tradition her Aktionen zulässt, die interessante Erfahrungen bringen. Das Problem sehe ich nicht in meiner Aktivität in der GDP, sondern in der Tatsache, dass wir die gemachten Erfahrungen in einem grösseren politischen Rahmen – mangels entsprechender Bewegung – nicht ausnützen können.»

